


BUNDESPRÄSIDENT

„Wulff hat sich, nicht das Amt beschädigt“

Lebhafte Diskussion im studio dumont über die Affäre um das deutsche Staatsoberhaupt – Keiner will eine Direktwahl

VON TOBIAS PETER

Köln. „Christian Wulff hat über Freunde einen Kredit bekommen – in einer Zeit, die wirtschaftlich für ihn schwierig war, weil er sich in einem Scheidungsverfahren befand.“ Ursula Heinen, Kölner Bundestagsabgeordnete und Staatssekretärin im Umweltministerium, sagt's – und schon schlägt ihr Hohn aus dem Publikum entgegen. Das neue Verb „wulffen“, das im Volksmund für „jemandem wütend auf die Mailbox sprechen“ steht, unter CDU-Politikern heißt es wohl eher: stellvertretend für den Bundespräsidenten den Spott entgegennehmen.

Unter dem Titel „frank und frei“ hat der „Kölner Stadt-Anzeiger“ im studio dumont mit einer neuen Gesprächsreihe das politische Jahr 2012 begonnen. Chefkorrespondent Joachim Frank, der dort künftig regelmäßig Politiker und Leser zusammenbringen wird, hat mit Vertretern von CDU bis Linkspartei durch eine Diskussion zu dem Thema geführt, das derzeit die Gemüter bewegt: die Debatte über Bundespräsident Wulff.

Viel Zündstoff also, doch der ganz große Knall bleibt aus. Denn während Heinen jemanden verteidigen muss, über den sie sich – wie sie zugibt – auch selbst geärgert hat, möchte auch die politische Konkurrenz das Amt des Bundespräsidenten nicht beschädigen. Statt platter Rücktrittsforderungen gibt es also viele spannende Zwischentöne. Der Kölner SPD-Chef Jochen Ott wirft Wulff vor, den ohnehin geringen Kredit von Politikern in der Bevölkerung weiter vermindert zu haben – zulasten der vielen, die ehrlich und oft ehrenamtlich arbeiteten. „Die müssen sich jetzt wieder alle fragen lassen: Und welchen Kredit hast du bekommen?“, beklagt Ott. Ein Karnevalspräsident bekomme Respekt für seine Arbeit, die Menschen in den Bezirksvertretungen



Angeregte Diskussion im studio dumont

BILD: MAX GRÖNERT

zumeist nicht, fügt Ott hinzu. Dafür erntet Ott Zustimmung vom Publikum. Ebenso wie Heinen Sympathie erhält, als sie in der Debatte um die Rolle der Medien berichtet, wie sie nach ihrer Trennung vom Ehemann von einer Boulevard-Zeitung vor die Wahl gestellt worden sei: „Entweder Sie spielen mit und liefern uns ein schönes Foto und eine gute Geschichte mit dem neuen Partner – oder die Berichterstattung über die Scheidung fällt entsprechend negativ aus.“

Eine All-Parteien-Koalition im studio dumont findet sich gar, als jemand die Frage stellt, ob der Bundespräsident künftig besser vom Volk gewählt werden solle. Nein, sagt der Bundestagsabgeordnete Matthias W. Birkwald von

den Linken. „Dann hätten wir eine indirekt – also vom Parlament gewählte – mächtige Kanzlerin, aber einen direkt gewählten, mit wenigen Befugnissen ausgestatteten Präsidenten. Das passt doch vorne und hinten nicht zusammen.“ Da kann auch der frühere Bundesjustizminister Gerhart Baum (FDP) nur zustimmen. Der macht sich übrigens keine Sorgen, das Amt des Bundespräsidenten könnte nachhaltig ramponiert sein: „Wulff hat sich selbst beschädigt, aber doch nicht das Amt. Sobald jemand kommt, der es wieder ausfüllen kann, ist das alles vergessen.“ Bis dahin, weiß Joachim Frank, wird es für den Steuerzahler zumindest nicht allzu teuer. Gerade einmal 37 Cent kostet der Bundespräsident jeden Deutschen

im Jahr, hat er ausgerechnet. Damit ist der Etat des gesamten Präsidentschaftsamtandes finanziert, inklusive aller Zuwendungen für noch lebende Vorgänger. Gerade über den Umgang mit Freundschaften gibt es dann doch noch ein Scharmützel. Ein Zuschauer regt an, Politiker sollten doch in den Fällen auf Freundschaften verzichten, die Interessenskonflikte bedeuteten. „Ich mache Energiepolitik“, sagt Heinen. „Dann dürfte ich keine Freundschaft mehr mit jemandem haben, der mit diesem Thema im weitesten etwas zu tun hat.“

Der Landtagsabgeordnete Arndt Klocke (Grüne) kontert: „Vergleichbar mit der Causa Wulff wäre Ihr Fall nur, wenn Sie zwei Wochen beim RWE-Vorstandsvorsitzenden Urlaub machen würden.“

Alles wird veröffentlicht

Bundespräsident Christian Wulff will die Fragen und Antworten zu seiner Kreditaffäre nun doch im Internet veröffentlichen. „Unser Mandant hat uns beauftragt, zur Vervollständigung unserer zusammenfassenden Stellungnahme auch die Fragen der Presseorgane aus den vergangenen Wochen zu veröffentlichen, die diese zur Veröffentlichung freigegeben haben“, teilten Wulffs Anwälte am Freitag in Berlin mit. Dies gelte, soweit keine Persönlichkeitsrechte verletzt würden. Die Informationen würden kommende Woche veröffentlicht, teilte die Kanzlei mit. (rtr)